

**Antrag Ini-02**  
**AK Europa****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme****Europäische Förderpolitik für Niedersachsens Zukunftsfähigkeit nutzen – ein starkes Niedersachsen in einem starken Europa****1 Der Parteitag des SPD-Bezirks Hannover**

2 1) fordert die sozialdemokratischen Vertreter:innen  
3 im Bund und auf der europäischen Ebene auf, die  
4 zukünftige, Verteilung, der Mittel der Strukturförde-  
5 rung der EU ausschließlich mittels eines nationalen  
6 Plans in die Verantwortung und Verfügung der Mit-  
7 gliedsländer zu legen, abzulehnen.

8 2) fordert die sozialdemokratischen Vertreter:innen  
9 im Bund und auf der europäischen Ebene auf, sicher-  
10 zustellen, dass die Zukunft zukünftige Strukturför-  
11 derung der europäischen Union nicht an starre mak-  
12 kökonomischen Kriterien geknüpft wird.

13 3) Die Landesregierung wird in ihrem Ansatz, in ei-  
14 nem breiten gesellschaftlichen Dialog, die Positi-  
15 on Niedersachsens für die Aufstellung der nächs-  
16 ten Strukturförderung der EU nachdrücklich unter-  
17 stützt. Und fordert sie auf, die Ergebnisse mög-  
18 lichst zügig und konsequent in den Entscheidungs-  
19 findungsprozess einfließen zu lassen.

20 4) Ist der Überzeugung, dass Innovationsförderung,  
21 Qualifizierung, Stärkung des ländlichen Raumes in-  
22 cl. der Leader-Regionen und die Absicherung des  
23 sozialen Zusammenhalts nach wie vor die Schwer-  
24 punkte der Strukturförderung in regionaler Verant-  
25 wortung bleiben müssen.

26 5) Die Landesregierung wird nachdrücklich in dem  
27 Bestreben, die zukünftige Struktur Förderperiode di-  
28 gitaler und einfacher zu gestalten, unterstützt.

29

**30 Begründung**

31 Die EU-Kommission hat am 16. Juli 2025 das erste  
32 Paket mit Vorschlägen für den mehrjährigen Finanz-  
33 rahmen (MFR) ab 2028 bis 2034 und am 3. Septem-  
34 ber 2025 das zweite Paket mit weiteren 7 Vorschlä-  
35 ge vorgestellt. Das Europäische Parlament hat En-  
36 de September die Beratungen dazu aufgenommen.  
37 Niedersachsen setzt in vielen Förderbereichen ne-  
38 ben Bundes- und Landesmitteln auf die Struktur-  
39 fonds der Europäischen Union. Aus der gemeinsa-  
40 men Agrarpolitik der EU werden in der aktuellen För-  
41 derperiode von 2023 bis 2027 etwa 1,2 Mrd. Euro ein-  
42 gesetzt.

43 Neben den Direktzahlungen an die Landwirtschaft

44 steht also auch der überwiegende Teil der ELER-  
45 Mittel für Maßnahmen der Agrarbetriebe, insbeson-  
46 dere im Bereich des Tierwohls und des Klima- und  
47 Umweltschutzes zur Verfügung. Aus dem restlichen  
48 Drittel werden die LEADER-Regionen, die Dorfer-  
49 neuerung sowie Basisdienstleistungen in den länd-  
50 lichen Räumen gefördert. Dabei geht es um den Er-  
51 halt dörflicher Strukturen, vor allem aber um Betei-  
52 ligung, Treffpunkte, Versorgungsangebote und wei-  
53 tere Beiträge zu einem attraktiven Lebensumfeld.  
54 In Niedersachsen haben sich seit 2023 kleine Städte  
55 und Gemeinden flächendeckend zusammengetan,  
56 um gemeinsam mit Wirtschafts- und Sozialpartnern  
57 sowie Initiativen der Zivilgesellschaft wichtige Zu-  
58 kunftsprojekte voranzubringen. In 193 Dorfverbün-  
59 den werden zudem Projekte zur Dorfentwicklung  
60 gefördert, zudem können für wichtige Einzelvorha-  
61 ben wie Gemeinschaftseinrichtungen oder Ärzte-  
62 häuser Zuschüsse beantragt werden.  
63 Neben der expliziten Förderung ländlicher Struktu-  
64 ren stehen in Niedersachsen von 2021-2028 gut 900  
65 Mio. Euro aus dem Europäischen Regionalfonds EF-  
66 RE sowie dem Europäischen Sozialfonds ESF+ zur  
67 Verfügung. Innovationsfähigkeit, ökologische Trans-  
68 formation von Industrie und Handwerk, Umwelt-  
69 bildung und Umweltschutz, Soziale Innovationen,  
70 Fachkräftebündnisse, Arbeitsmarktintegration von  
71 jungen Menschen sind nur einige der Themen, die  
72 hier mit europäischen Mitteln vorangebracht wer-  
73 den können.  
74 Niedersachsen ist als großes Flächenland mit vie-  
75 len ländlichen Räumen sowie industriellen Schwer-  
76 punkten, die vor großen Herausforderungen stehen,  
77 gefordert, eine aktive(re) Regional- und Strukturpo-  
78 litik zu betreiben. Dies erfordert neben den gewal-  
79 tigen finanziellen Herausforderungen durch Moder-  
80 nisierungen bei Infrastruktur und Wohnungsversor-  
81 gung hohe finanzielle Mittel.  
82 Mit einer völlig neuen EU-Förderarchitektur soll der  
83 Mitteleinsatz zukünftig flexibler auf Krisen reagie-  
84 ren können, Fördermöglichkeiten sollen vereinfacht  
85 werden. Neben den Flexibilitäten schlägt die Kom-  
86 mission aber vor, die Verteilung der EU Strukturför-  
87 derung nicht wie bisher über regionale Programme  
88 zu organisieren, sondern ein globales Budget für die  
89 Nationalstaaten zu kreieren, dass dann eher locker  
90 mit bestimmten Zielsetzungen verbunden sein soll.  
91 Über die Verteilung sollen dann die Mitgliedstaaten  
92 auch selbst entscheiden. Das schwächt in der Tat die

93 regionale Verantwortung.  
94 Wie seit der aktuellen Förderperiode schon in  
95 der Gemeinsamen Agrarpolitik inkl. ELER, soll es  
96 statt der bisherigen in den föderalen Staaten auf  
97 Bundesländerebene verhandelten EFRE- und ESF-  
98 Programme nur noch nationale Partnerschaftsauf-  
99 kommen geben. Dies kann bei einer entsprechen-  
100 den nationalen Umsetzung dazu beitragen, dass  
101 Förderregularien mehr auf Zielerreichung als auf  
102 kleinteilige Vorgaben zur genauen Umsetzung von  
103 Projekten beschränkt werden und dass einige der  
104 zahlreichen Prüfinstanzen in der Kette von der EU  
105 zum Projekt eingespart werden. Bei den Verhand-  
106 lungen der Bundesländer mit dem Bund und der EU  
107 muss die Additionalität von Förderung festgeschrie-  
108 ben werden, um zu verhindern, dass der Bund Mit-  
109 tel in die Finanzierung bestehender Programme zur  
110 Entlastung des nationalen Haushalts einspeist an-  
111 statt sie den Ländern für Regionalentwicklung wei-  
112 terzugeben. Dreh- und Angelpunkt ist, dass die Re-  
113 gionen in Deutschland eigenen Planungs- und Ent-  
114 scheidungsspielräume bekommen. Regionale Betei-  
115 ligung und den regionalen Besonderheiten entspre-  
116 chende Programmgestaltung weiter wichtiges Prin-  
117 zip bleiben.  
118 Neben der Verteilung möglicher Struktur von Gelder  
119 auf die Mitgliedstaaten ist in dem Vorschlag der EU-  
120 Kommission auch enthalten, dass die Programmie-  
121 rung der Mittel geknüpft werden soll an das Einhal-  
122 ten der makroökonomischen Konditionalitäten, das  
123 Überwachungs- und Korrekturinstrument der EU für  
124 die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsuni-  
125 on (Europäisches Semester). Das würde den Gestal-  
126 tungsspielraum und die Möglichkeiten der Regio-  
127 nen unzulässig einschränken und könnte auch da-  
128 zu führen, dass Struktur Gelder als Steuerungsinstru-  
129 ment durch die EU-Kommission gebraucht würde.  
130 Zunächst scheinen alle wichtigen niedersächsi-  
131 schen Themen nach wie vor möglich zu sein. Aber  
132 die EU-Kommission will über das Europäische Se-  
133 mester noch stärker als bisher Einfluss auf die na-  
134 tionalen Programme nehmen. So geht die Flexibili-  
135 tät, die angekündigt ist, über rigide inhaltliche Vor-  
136 gaben wieder verloren. Lassen sich diese Vorgaben  
137 dann aufgrund der regionalen Rahmenbedingun-  
138 gen nicht umsetzen, passen sie also nicht zum regio-  
139 nalen Investitionsbedarf, droht eine Mittelkürzung  
140 durch die Hintertür. Hier muss rechtzeitig ein Riegel  
141 vorgeschoben werden.

142 Die MFR-Entwürfe bergen einige Gefahren für die be-  
143 stehenden Förderung. So ist eine Fortführung der  
144 LEADER-Regionen zwar gewollt, sie ist aber weder  
145 mit einem eigenen Mittelansatz noch mit der bis-  
146 herigen Mindestquote an ELER-Mitteln abgesichert.  
147 Hier gilt es, eine Absicherung der ländlichen Struk-  
148 turförderung sowie der LEADER-Regionen zu veran-  
149 kern.

150

151 Häufig ist der Zugang zur europäischen Struktur-  
152 förderung komplex und langwierig. Die Neuaufstel-  
153 lung der EU-Förderung muss auch einhergehen mit  
154 einer deutlichen Vereinfachung der Prozesse und ei-  
155 ner durchgängigen Digitalisierung. Nur so ist ein ge-  
156 rechter Zugang für alle zu gewährleisten.

157